

Diskussion über Geschlechtertrennung im Unterricht

# Mady Delvaux: „Keine Gesetzesänderung“



Foto: Tageblatt-Archiv

Auch künftig wird es keinen getrennten Schwimmunterricht geben: Alles andere wäre ein gesellschaftlicher Rückschritt ins frühe 20. Jahrhundert

An der aktuellen Gesetzeslage werde sich nichts ändern, bestätigte Unterrichtsministerin Mady Delvaux gestern Morgen vor dem Parlamentsausschuss „Schule“.

Gestern Vormittag befasste sich die Schulkommission des Parlaments unter der Präsidentschaft von Ben Fayot (LSAP) mit dem Entwurf einer neuen Dienstvor-

schrift aus dem Unterrichtsministerium, den Schulen die Möglichkeit getrennten Schwimmunterrichts zu erlauben.

„Die Schule muss neutral bleiben“

Das Projekt sorgt seit mehreren Tagen für aufgeregte Diskussio-

nen in Luxemburg. Dem Text zufolge könnten Schulen bei Bedarf einen getrennten Schwimmunterricht organisieren, Gebetsräume einrichten und den Schülern und Schülerinnen das Tragen von Kopftüchern oder einer anderen Kopfbedeckung während des Unterrichts erlauben. Unterrichtsministerin Mady Delvaux (LSAP) sagte nach der Sitzung, dass nichts an der aktuellen Ge-

setzeslage geändert werde. Der umstrittene Entwurf war als Vorlage zur Begutachtung an mehrere Personen verschickt worden.

Claude Adam („déi gréng“), auf dessen Initiative die Ministerin in den Parlamentsausschuss „Schule“ eingeladen worden war, verschloss sich der Schaffung von Gebetsräumen in den Schulen nicht.

Eine Idee, die André Bauler (DP) strikt ablehnt. Die Schule müsse ein neutraler Ort bleiben. Sie sollte der gesellschaftlichen Integration dienen und nicht trennen. Getrennte Kurse verweigerte jedoch auch der grüne Abgeordnete. Am derzeitigen Schulgesetz sollte nicht gerüttelt

werden. Laut Mady Delvaux erlaubt bereits die aktuelle Gesetzgebung den Schülern das Tragen einer Kopfbedeckung, den Lehrern jedoch nicht.

Die Frage einer möglichen Trennung von Jungen und Mädchen beim Schwimmunterricht, jedoch nur für einzelne Altersgruppen, sollte nicht ausschließlich aus dem religiösen Blickwinkel betrachtet werden.

An Gebetsräumen in den Schulen denkt sie nicht. Die Idee von Gebetsräumen dürfte auf den Fall eines Lyzeumsschülers zurückgehen, der seinen Betteppich in der Schule ausgerollt hatte. Das dürfe nicht sein, unterstrich Delvaux. Imo/Tageblatt.lu

## Kein Rückschritt ins Mittelalter

In einer gemeinsamen Mitteilung verurteilten FGIL, SEW und die „Ligue de l'enseignement“ gestern noch die ursprünglichen Vorschläge des Ministeriums, die der Einführung einer religiösen Segregation im Unterrichtswesen gleichkommen würden. Der Rückschritt ins Mittelalter werde konsequent von der „gemeinsamen Front“ abgelehnt. Die Gewerkschaften forderten gestern Morgen die Mi-

nisterin auf, die Vorschläge schnellstmöglich zurückzuziehen. Dies insbesondere weil keine der religiösen Gemeinschaften in Luxemburg eine entsprechende Forderung gestellt habe. Die Schule sei ein Ort des Lernens und der Erziehung zum Bürger. Die Wissenschaften müssten dort wichtiger sein als Glauben. Gebetssäle, islamische Kopfbedeckung, getrennte Schwimmkurse kommen für die „Front“ nicht in Frage.